



Djeffal, C., Baack, S., Jarke, J., & Send, H. (2020). Civic Tech: ein Beispiel für Bürgerzentrierung und Bürgerbeteiligung als Leitbild der Verwaltungsdigitalisierung. In T. Klenk, F. Nullmeier, & G. Wewer (Eds.), *Handbuch Digitalisierung in Staat und Verwaltung* (pp. 1–9). Springer.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-23669-4_29-1



Civic Tech

ein Beispiel für Bürgerzentrierung und Bürgerbeteiligung
als Leitbild der Verwaltungsdigitalisierung

Stefan Baack, Christian Djeffal, Juliane Jarke und Hendrik Send

Inhalt

1	Klärung des Begriffs	2
2	Theoretische Grundlagen	3
3	Praktische Anwendung	4
4	Umsetzungsstand und Diskussion	6
5	Fazit: Künftige Entwicklung	8
	Literatur	9

Zusammenfassung

Civic Tech beschreibt Anwendungen, durch die Bürger*innen sich einfacher engagieren und informieren können. Neu an Civic Tech ist die potenzielle Nutzerreichweite und die Bandbreite an Anwendungsfällen durch die Nutzung offener Daten. Civic Tech als Leitbild der Verwaltungsdigitalisierung impliziert, dass die Verwaltung stärker bürgerzentriert arbeitet und die Entwicklung von Softwareanwendungen im Sinne von Civic Tech unterstützt, etwa durch offene Daten.

S. Baack (✉)
Weizenbaum Institut, Berlin, Deutschland
E-Mail: sbaack@zedat.fu-berlin.de

C. Djeffal
Munich Center for Technology in Society, Technische Universität München, München,
Deutschland
E-Mail: christian.djeffal@tum.de

J. Jarke
ifib: Institut für Informationsmanagement Bremen GmbH, Bremen, Deutschland
E-Mail: jjarke@ifib.de

H. Send
Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft, Berlin, Deutschland
Fachbereich Wirtschaft, Hochschule Anhalt, Bernburg, Deutschland
E-Mail: hendrik.send@hiig.de

Schlüsselwörter

Partizipation · Offene Daten · Bürgergenerierte Daten · Informationsfreiheit · Zivilgesellschaft

1 Klärung des Begriffs

Im deutschsprachigen Raum werden „Civic-Tech-Anwendungen“ häufig als „digitale Werkzeuge für Bürger*innen“ beschrieben, die sie in der Ausübung ihrer demokratischen Rechte unterstützen und Bürgerbeteiligung sowie Transparenz staatlicher Prozesse fördern (siehe bspw. <https://codefor.de/>). In dieser Definition spiegelt sich die Essenz von „Civic Tech“: Es geht um digitale Anwendungen, die sich primär an den Bedürfnissen von Bürger*innen orientieren und es ihnen in unterschiedlichen Formen erleichtern sollen, sich stärker an politischen Prozessen zu beteiligen, öffentliche Dienstleistungen wahrzunehmen oder von ihren Rechten Gebrauch zu machen. Bekannte Beispiele in Deutschland sind Abgeordnetenwatch.de, welches es Nutzer*innen u. a. einfacher macht, ihre Bundes- oder Landtagsabgeordneten zu finden und zu kontaktieren, oder FragDenStaat.de, welches das Verfassen und Versenden von Informationsfreiheitsanfragen vereinfacht.

Das wirklich Neue an Civic Tech ist dabei weniger der Grundgedanke, Bürger*innen stärker die Möglichkeit zum Engagement zu bieten und einzubinden, als die Skalierung entsprechender technischer Lösungsansätze unter Nutzung von offenen oder bürgergenerierten Daten. Das Aufkommen von Civic Tech ist entsprechend eng mit der Idee und Umsetzung von *offenen Daten* und *Informationsfreiheit* verbunden, da beides zentrale Voraussetzung für die Entwicklung von Civic-Tech-Anwendungen ist. Einerseits können durch Daten stärker individualisierte und benutzerfreundliche Services entwickelt werden, andererseits können durch das Sammeln von Daten neue Formen der Transparenz hergestellt werden. Die Anwendung FixMyStreet.com aus Großbritannien, mit der Nutzer*innen lokale Infrastrukturprobleme wie Schlaglöcher an zuständige Behörden melden können, veranschaulicht beides. Einerseits nutzt FixMyStreet hierfür Daten über die Zuständigkeitsbereiche der Behörden, andererseits sammelt die Anwendung aber auch die von Nutzer*innen gemeldeten Probleme und visualisiert sie auf einer Karte. Hierdurch können Bürger*innen nachvollziehen, wo besonders viele Probleme bestehen und wie lange die zuständigen Behörden für die Bearbeitung benötigen.

Civic Tech zeichnet sich vor allem durch einen technologiegetriebenen Ansatz und eine ausgeprägte Bürgerorientierung aus; der Begriff wird aber sehr unscharf verwendet. Das hat einerseits zu seiner Popularität beigetragen, da viele unterschiedliche Gruppen unter dem Stichwort Civic Tech zusammenfinden, die sich alle im weitesten Sinne mit der Entwicklung von digitalen Anwendungen für Bürger*innen beschäftigen. Andererseits erschwert diese Offenheit aber auch eine klare Abgrenzung gegenüber verwandten Konzepten wie „Co-Creation“. Civic Tech ist am besten als übergeordneter Sammelbegriff zu verstehen, dem viele unterschiedliche Konzepte zugeordnet werden können. So kann Civic Tech durchaus Anwendungen im

Bereich der Co-Creation umfassen, insofern sich diese Anwendungen primär an Bürger*innen richten. Darüber hinaus können Civic-Tech-Anwendungen von unterschiedlichen Akteuren entwickelt und bereitgestellt werden. Dazu zählen gemeinnützige und nicht-profitorientierte Organisationen, Unternehmen und natürlich auch Verwaltungen, die (bestimmte) Bürger*innen als Zielgruppe ihrer Anwendung haben, diese aber nicht explizit in den Entwicklungsprozess einbeziehen.

Der Fokus dieses Beitrags liegt auf Civic Tech in seiner primären Ausprägung: als von Non-profit-Organisationen entwickelte digitale Anwendungen, die als Schnittstellen zwischen Verwaltung und Bürger*innen fungieren. Non-profit-Organisationen rund um Civic Tech bilden inzwischen ein weltweites Netzwerk, welches durch internationale Austauschprogramme („Fellowships“), Konferenzen und transnational operierenden Organisationen wie „Code for All“¹ gestützt wird. Finanziert werden solche Organisationen und Netzwerke vor allem durch Stiftungen, staatliche Fördergelder, große IT-Unternehmen und private Spenden.

Civic-Tech-Anwendungen aus dem non-profit Bereich bezwecken nicht in erster Linie, der Verwaltung Arbeit abzunehmen. Stattdessen geht es darum, die Nutzung von Verwaltungsdienstleistungen durch Bürger*innen zu vereinfachen und die Arbeit der Behörden für sie transparenter zu machen. So kann das o. g. Beispiel FragDenStaat.de als Plattform verstanden werden, die die Kommunikation zwischen Behörden und Bürger*innen vereinfacht und gleichzeitig den Umgang von Behörden mit Anfragen transparent macht, da die Reaktion auf Informationsfreiheitsanfragen von FragDenStaat.de dokumentiert wird. Den zivilgesellschaftlichen Akteuren geht es hier nicht nur um technologische Lösungen, sondern weitergehend um einen kulturellen Wandel im Verhältnis von Verwaltung und Bürger*innen: eine Entwicklung hin zu einer größeren Offenheit, Transparenz und Kooperationsbereitschaft von Politik und Verwaltung und zum Teil auch eine stärkere Einbindung von Bürger*innen in Entscheidungsprozesse der öffentlichen Verwaltung. Civic Tech als Leitbild setzt die Verwaltungsdigitalisierung also in einen größeren kulturellen Kontext, der sich nicht nur auf die Verwaltung, sondern auch auf das Engagement und Selbstverständnis von Bürger*innen bezieht: Verwaltungen sollen Weichen stellen und die Entwicklung von Civic-Tech-Anwendungen ermöglichen, aber Bürger*innen sollten diese Angebote auch wahrnehmen, mitgestalten oder selbst anregen.

2 Theoretische Grundlagen

Historisch betrachtet vereint Civic Tech unterschiedliche Konzepte, die vor allem aus dem anglo-amerikanischen Raum stammen: „offene Daten“, „Open Government“ und Informationsfreiheit. Grob gesagt ist Civic Tech eine Zusammenführung von zwei unterschiedlichen Offenheitskonzepten. Einerseits umfasst Civic Tech eine durch das Recht geförderte Offenheit im Sinne der Informationsfreiheit. Informationsfreiheitsrechte räumen Bürger*innen das Recht ein, bislang unveröffentlichte

¹Siehe <https://codeforall.org/>.

Dokumente von der Regierung einzufordern. Andererseits näherte sich dieser juristisch verankerte Offenheitsbegriff mit dem Aufkommen und der Verbreitung des Internets langsam dem Offenheitsbegriff der Open-Source-Kultur, der auf freiem Austausch und Kollaboration im Hinblick auf Software oder andere Produkte beruht (Yu und Robinson 2012).

Diese Annäherung wurde sowohl von stärker technologie-fokussierten Open-Source-Communities als auch von eher an Informationsfreiheit interessierten Gruppen vorangetrieben. Letztere sahen in der erweiterten Konnektivität und dem vereinfachten Zugriff auf Daten eine Art ‚natürliche Erweiterung‘ der den Informationsfreiheitsgesetzen zugrunde liegenden Ideen von Offenheit und Transparenz. Anhänger der Open-Source-Idee legten den Fokus hingegen stärker auf neue Möglichkeiten der Kollaboration beruhend auf einer weitergehenden Form der Transparenz. Der Begriff der Beteiligung wird im Bereich Civic Tech dabei weit verstanden und umfasst Handlungen von Bürger*innen, die sich freiwillig durch die Nutzung von digitalen Plattformen und Anwendungen mit politischen oder gesellschaftlichen Themen auseinandersetzen (Theocharis 2015).

Indem Civic Tech Bürger*innen auf verschiedenen Ebenen in den Mittelpunkt stellt, steht es im Kontrast zu einer effizienz- und kostengetriebenen Verwaltungsdigitalisierung. Im Vergleich dazu ist etwa der Begriff des ‚E-Government‘ zweckoffen und wird in verschiedenen Richtungen verwandt: von Bürgerorientierung bis Effizienzsteigerung. Als Leitbild kann Civic Tech dem Teil des E-Governments eine Kontur geben, der strikt Bürger*innen in den Mittelpunkt des Verwaltungshandelns stellt. Civic Tech überträgt Leitbilder der Bürgerzentrierung und Bürgerbeteiligung weiter auf die Verwaltungsdigitalisierung und bildet so ein eigenes spezifisches Leitbild der Verwaltungsdigitalisierung aus. Die technologische Komponente dieses Leitbilds bezieht sich auf unterschiedliche Formen der Offenheit der Verwaltung. Nach diesem Leitbild können Bürger*innen durch Anwendungen, die offene Daten für sie nutzbar und zugänglich machen, besser verstehen, was in der Verwaltung vor sich geht, und dies auch in verschiedenen Graden mitbestimmen. Daher zielt Civic Tech auf das Bild engagierter Bürger*Innen, die in ihrem Gesichtskreis Verantwortung übernehmen. Studien zur Nutzung von Civic-Tech-Anwendungen in Großbritannien zeigen, dass sich Nutzer*innen oft als ‚Sprachrohr‘ ihrer Gemeinschaften verstehen (Cantijoch et al. 2016). Aus dieser Zusammenschau ergibt sich eine neue Verwaltungskultur der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Bürger*innen, bei der die Interessen der Bürger*innen im Mittelpunkt stehen.

3 Praktische Anwendung

Als Leitbild der Verwaltungsdigitalisierung stellt Civic Tech die technischen und juristischen Weichen, die es Non-profit-Organisationen ermöglichen, Civic-Tech-Anwendungen zu entwickeln. Es geht aber auch um einen kulturellen Wandel innerhalb der Verwaltungen. Bei der Umsetzung dieses Leitbilds lassen sich grundsätzlich vier Interaktionsmodelle zwischen Verwaltung und Bürger*innen unterscheiden (Sieber und Johnson 2015).

Data Publishing: In diesem Modell stellen Verwaltungen offene Daten kostenfrei zur Verfügung, die anderen Akteuren dazu dienen, Anwendungen zu entwickeln. Gemäß den Anforderungen der Open Knowledge Foundation (2014) sollten offene Daten über keine Kontrollmechanismen wie restriktive Lizenzen verfügen und für jedermann frei verfügbar und wiederverwendbar sein und weiterverbreitet werden dürfen. Die Verwaltung verfügt beispielsweise über Daten zu Auftragsvergaben, zur Qualität der Gesundheitsversorgung, zur Verkehrsentwicklung und Unfällen sowie über umfangreiche Statistiken wie z. B. Kriminalstatistiken. Werden diese Daten strukturiert und mit einem brauchbaren Lizenzmodell zur Verfügung gestellt, kann die Zivilgesellschaft sie in einer Vielzahl von Kontexten nutzen und informierter entscheiden. Hierbei ist die öffentliche Verwaltung jedoch lediglich Datenlieferantin und nicht Ideengeberin; sie erteilt keine Aufträge an NGOs, sondern diese entwickeln eigene Ideen, wie offene Daten sinnvoll und im Interesse von Bürger*innen genutzt werden können. So nutzen in vielen Städten Initiativen wie z.B. „Transportation Alternatives“ in New York Unfalldaten der Vergangenheit, um Fahrradfahrer*innen problematische Routen und Orte zu zeigen. In Deutschland nutzen zum Beispiel die OK-Labs der Open Knowledge Foundation in mehreren Großstädten offene Verwaltungsdaten, um Verwaltungshandeln oder andere Informationen zu ihren Städten zu visualisieren (<https://codefor.de/>).

Code-Austausch: In diesem Modell fördern Regierung oder Verwaltung ausdrücklich die Entwicklung von innovativen Anwendungen, die auf offenen Daten basieren. Die Bereitstellung von Daten wird von unterstützenden Aktivitäten wie „App-Wettbewerben“ begleitet. Es ist eine Art Outsourcing der App-Entwicklung durch die Verwaltung. Verschiedene öffentliche Organisationen haben in der Vergangenheit sogenannte „Hackathons“ veranstaltet, in denen digitale Anwendungen auf Basis offener Daten prototypisch umgesetzt werden, wie der EU-Hackathon des Europäischen Parlaments.

Civic Issue Tracker: In diesem Modell wird die Richtung der Interaktion umgekehrt. NGOs oder Verwaltungen fordern Bürger*innen auf, Probleme wie Schlaglöcher oder Lärmbeschwerden zu melden oder Feedback zu veröffentlichten Daten und Dokumenten zu geben. Die Daten werden hier also von den Bürger*innen generiert. Dieses Modell kann unabhängig von den beiden anderen Modellen angewendet werden, kann aber auch kombiniert werden, wenn die Bürger*innen als ‚Sensoren ihrer Umgebung‘ eingeladen werden und Daten über Phänomene, denen sie physisch nahestehen, in einem Crowdsourcing-Ansatz zusammentragen. Ein Beispiel für die Sammlung von wichtigen Informationen durch Bürger*innen ist in Großbritannien das bereits oben beschriebene FixMyStreet.com. Auf Basis der Technologie eines privaten Anbieters haben viele Kommunen in Brandenburg mit der App und Plattform Maerker einen ähnlichen Dienst aufgesetzt. Die Kommunen profitieren von der Übersicht und Sammlung von Problemstellen und vermeiden unnötige Anrufe, weil Bürger*innen sehen können, wenn ein Straßenschaden bereits gemeldet ist. Gleichzeitig üben die Dokumentation des Meldezeitpunkts und der Rückmeldungen durch zuständige Behörden einen gewissen Druck auf die Verwaltung aus, das Problem zügig zu lösen.

Partizipative offene Daten: Hier werden offene Daten reziprok, d. h. sowohl durch Verwaltungen als auch zivilgesellschaftliche Akteure erstellt und genutzt. Nach der Bereitstellung von Daten können zusätzliche Daten angefordert und durch bürgergenerierte Daten ergänzt werden, die die Erbringung von Dienstleistungen unterstützen und einen neuen Kanal für Diskussionen über die Politik eröffnen. Dies umfasst die laufende gemeinsame Erstellung von Rohdaten zwischen Verwaltungen und Behörden sowie die gemeinsame Produktion von Dienstleistungen. Ein bemerkenswertes Beispiel für Civic Tech war der Promise Tracker von Sao Paulo, bereitgestellt vom Center for Civic Media am MIT. Bürger*innen der Stadt hatten für die Dauer des Projektes die Möglichkeit, öffentlich sichtbar die Wahlkampfversprechen des Bürgermeisters Haddad zu überwachen und dabei die demokratischen Ideale – Transparenz und Verantwortlichkeit – praktisch zu erproben.

Als Leitbild kann Civic Tech alle diese Interaktionsmodelle umfassen. Jedes Modell beinhaltet Chancen und Risiken, wie wir im Folgenden genauer erläutern.

4 Umsetzungsstand und Diskussion

In Deutschland ist Civic Tech vor allem durch die Open Knowledge Foundation Deutschland vertreten, die die bekanntesten und meistgenutzten Civic-Tech-Anwendungen bereitstellt. Neben dem o. g. FragDenStaat.de gehören dazu u. a. OffenesParlament.de oder OffenerHaushalt.de. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl lokaler Initiativen wie Frankfurt-Gestalten.de oder Muenchen-Transparent.de. Im internationalen Vergleich hinkt Deutschland insgesamt sowohl bei der Informationsfreiheit als auch bei der Bereitstellung von offenen Daten hinterher (Open Knowledge 2017). Dies zu ändern und Civic Tech als Leitbild der Verwaltungsdigitalisierung stärker in den Fokus zu rücken, birgt sowohl Risiken als auch Chancen, die man gut anhand der oben beschriebenen Interaktionsmodelle veranschaulichen kann.

Die Modelle Data Publishing und Code-Austausch sind durch die Forderung nach Transparenz auf der Grundlage der Informationsfreiheit und der Bereitstellung von Ressourcen für die wirtschaftliche Entwicklung motiviert. Das dritte Modell, Civic Issue Tracker, ist in der Sorge um ein besseres Verhältnis der Regierung zu ihren Bürger*innen begründet, während das vierte Modell, Partizipative Offene Daten, eine grundlegende Veränderung der Rolle von Verwaltung zeigt und eine gewisse Flexibilität erfordert, die bisher kaum zu finden ist. Ein Grund hierfür dürfte auch sein, dass dieses Modell den von Civic-Tech-Organisationen geforderten Kulturwandel am stärksten umsetzt. Sieber und Johnson (2015) unterstützen dieses Modell ausdrücklich, da die ersten beiden Modelle das Risiko bergen, dass Verwaltungen ihre Aufgaben ‚outsourcen‘. Kritiker*innen haben in diesem Zusammenhang die Mehrdeutigkeit von Civic Tech hervorgehoben, durch die die Möglichkeit besteht, unter diesem Label eine neoliberale Politik durchzusetzen, bei der die Verwaltungen lediglich als Datenlieferanten fungieren und die Tätigkeiten der Verwaltung an private Dienstleister ausgelagert werden.

Aus der Sicht von Sieber und Johnson (2015) ist das Modell der Partizipativen Offenen Daten eine notwendige Reaktion auf die laufenden Veränderungen der

digitalen Welt und im Einklang mit den Prinzipien der Open Government Partnership. Dabei handelt es sich um einen informellen Zusammenschluss verschiedener Länder und der Zivilgesellschaft, um durch konkrete Maßnahmen Inklusion, Verantwortung und Responsivität in Regierung und Verwaltung zu stärken. Aber auch dieses Modell ist nicht ohne Risiken und steht im Widerspruch zu etablierten Strukturen der repräsentativen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Wenn Bürger*innen als Mitgestalter*innen eingeladen werden, erwarten sie, dass Verwaltungen auf ihre Vorschläge und Beiträge eingehen. Es ist jedoch offen, wie man mit widersprüchlichen Forderungen umgeht und stillen Mehrheiten eine Stimme gibt. Diejenigen, die sich als Mitgestalter*innen engagieren, haben kein Mandat von ihren Mitbürger*innen, sondern können ihre individuellen Interessen verfolgen. Ferner sind auch die Bestimmungen des Haushalts- und Vergaberechts einzuhalten.

Hinzu kommt, dass Civic-Tech-Anwendungen bestehende Ungleichheiten reproduzieren und eventuell sogar verstärken können. Zum Beispiel werden Issue Tracker in den Stadtteilen, in denen Menschen mit höherem sozioökonomischem Status leben, häufiger genutzt. Studien haben gezeigt, dass nach der Einführung von Issue Trackern diese Stadtteile eher von den Verwaltungen beachtet werden. Die Britische Civic-Tech-Organisation mySociety hat in einer Studie über die Nutzer*innen ihrer Anwendungen festgestellt, dass die meisten Anwender*innen aus Großbritannien über 56 Jahre alt, männlich, weiß, im Schnitt höher gebildet und größtenteils vollbeschäftigt sind (Rumbul 2015).

Gleichzeitig birgt Civic Tech aber auch Chancen für eine Erneuerung des Verhältnisses zwischen Bürger*innen und Verwaltung. Die oben genannten Risiken sind keine zwangsläufige Folge von Civic Tech, sondern eine Frage der Ausgestaltung. Obwohl jedes der oben beschriebenen Modelle Risiken birgt, kann eine gewisse Experimentierfreudigkeit auf Verwaltungsseite helfen, den Bedürfnissen von Bürger*innen besser gerecht zu werden und kooperativ Lösungen für Probleme zu finden. Statt eines Outsourcings kann Civic Tech dann auch eine Stärkung der Verwaltung und des öffentlichen Sektors zur Folge haben.

Allerdings kann es auf unterschiedlichen Wegen zu experimentierfreudigen, neuartigen Lösungen kommen. Wenn man zukünftige Handlungsmöglichkeiten generell zu zwei Handlungsalternativen verdichten wollte, könnte man zwischen Kooperation und Konkurrenz unterscheiden. Diese Handlungsalternativen stehen sowohl der Verwaltung als auch der Zivilgesellschaft offen – die Verortung zwischen den beiden Polen spielt aber für die künftige Entwicklung eine große Rolle. Das Kooperationsverhältnis basiert auf gegenseitiger Öffnung, insbesondere der Verwaltung. Diese Öffnung kann technisch, organisatorisch und verfahrensmäßig gefördert werden. In jeder Form macht die Verwaltung ihre Daten und ihr Handeln transparent. Eine technische Öffnung kann erfolgen, wenn entsprechende Schnittstellen geschaffen werden, die im Falle von bestimmten IT-Systemen die Integration von Anwendungen erlauben. So wurden etwa Schnittstellen für verschiedene Datenbanken für Inhalte des Parlaments des Vereinigten Königreichs geöffnet, sodass Initiativen mit den Daten Zusatzdienste entwickeln konnten. Organisatorisch kann die Öffnung insbesondere dann gelingen, wenn im Rahmen von Regierung und Verwaltung Zuständigkeiten für die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft geschaffen wer-

den. Dies geschah in Deutschland nach dem Beitritt zur Open Government Partnership, wo diese Zuständigkeiten im Innenministerium geschaffen wurden, die in der 19. Legislaturperiode ins Kanzleramt übergegangen sind. Verfahrensmäßig öffnet sich die Verwaltung, wenn Prozesse zum Austausch mit der Zivilgesellschaft aufgesetzt werden. Eine größere Offenheit kann aber auch in konkrete Verfahren einbezogen werden, etwa bei der Aufstellung von Plänen oder bei sogenannten frühen Öffentlichkeitsbeteiligungen (d. h. nicht-förmlichen Verfahren, in dem Bürger*Innen frühzeitig in die Planung von Großprojekten einbezogen werden).

Im Falle der Zivilgesellschaft kommt es besonders auf das Verständnis ihrer Rolle an. Civic-Tech-Initiativen können auf eine enge Zusammenarbeit untereinander zu bestimmten Themen ausgerichtet sein. Sie können sich aber auch stärker als Konkurrenten verstehen, die die Verwaltung mit eigenen Anwendungen unter Druck setzen. Der Chatbot DoNotPay, der von einem jungen Studierenden programmiert wurde, kann als Beispiel angeführt werden. Ursprünglich wollte er die Verwaltungen in New York und London unter Druck setzen, weil sie oft unberechtigte Parkbußen gegen Bürger*innen verhängten. Später arbeitete er aber mit verschiedenen lokalen Verwaltungen zusammen und entwickelte unter anderem einen Service für Bürger*innen, die obdachlos geworden waren und Leistungen beantragen wollten. In anderen Konstellationen geht es mehr um Beaufsichtigung und Monitoring der Verwaltung. Sowohl Kooperationen als auch Konkurrenz können dementsprechend die Experimentierfreudigkeit befördern.

5 Fazit: Künftige Entwicklung

Eine stärkere Verankerung von Civic Tech im Sinne größerer Bürgerbeteiligung, Nutzerorientierung und damit einhergehend einem Kulturwandel, der den öffentlichen Sektor stärkt, kann nur im Zusammenspiel von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung geschehen. Die Frage nach den Möglichkeiten von Einbindung und Transparenz stellt sich insbesondere in Zeiten von wachsender Politikverdrossenheit und aufkeimendem Populismus. In diesem Sinne ist Civic Tech als ein Leitbild der Verwaltungsdigitalisierung eine Möglichkeit, um Integration, Partizipation und Zusammenhalt zu stärken. Für den Fall, dass Staat und Gesellschaft sich stärker gegenseitig öffnen, wird das grundlegende Änderungen nach sich ziehen. Denn Civic Tech hat einen anderen normativen Fokus als andere Leitbilder wie New Public Management, schlanker Staat oder aktivierender Staat: Bürger*innen stehen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Ferner geht Civic Tech von einer offenen Verwaltung aus, die einen partnerschaftlichen Ansatz verfolgt und mit der Zivilgesellschaft stärker auf Augenhöhe verhandelt. Außerdem würde Civic Tech einen starken normativen Rahmen für den staatlichen Technologieeinsatz bedeuten.

Ob es aber in den deutschsprachigen Ländern zu einer solchen Entwicklung kommen wird, lässt sich nicht sicher sagen. Eine große Herausforderung bei Civic-Tech-Anwendungen, die von Non-profit-Organisationen entwickelt werden, ist die Nachhaltigkeit, insbesondere im Hinblick auf Aktualisierung von Daten, Daten-Schnittstellen sowie die Weiterentwicklung. Hier fehlt es Initiativen oft an Stetigkeit

und Mitteln, um im Wandel der Zeit zu überstehen. Lösungsstrategien waren bisher, die Anwendung in die Obhut der Verwaltung zu geben, die Initiativen stetig aus öffentlichen Mitteln zu fördern oder die Anwendung zumindest teilweise mit einem Geschäftsmodell zu unterlegen.

Auch die Art und Weise, wie Civic Tech als Konzept und modus operandi stärkeren Anklang findet, hängt stark von den handelnden Akteur*innen ab. Generell ist es jedoch wünschenswert, wenn die Verwaltung Civic Tech nicht prinzipiell ablehnend gegenübersteht, sondern auf Kooperation setzt und die Chancen für eine Stärkung von Zivilgesellschaft und öffentlicher Verwaltung nutzt.

Literatur

- Cantijoch, Marta, Silvia Galandini, und Rachel Gibson. 2016. ‚It’s not about me, It’s about my community‘. A mixed-method study of civic websites and community efficacy. *New Media & Society* 18(9): 1896–1915. <https://doi.org/10.1177/1461444815616225>.
- Open Knowledge. 2014. *What is Open?* <https://okfn.org/opendata/>. Zugegriffen am 31.10.2019.
- Open Knowledge. 2017. *Global Open Data Index 2016/2017*. <https://index.okfn.org/>. Zugegriffen am 31.10.2019.
- Rumbul, Rebecca. 2015. Who benefits from civic technology? In *mySociety Research*. <https://www.mysociety.org/research/who-benefits-from-civic-technology/>. Zugegriffen am 31.10.2019.
- Sieber, Renee E., und Peter A. Johnson. 2015. Civic open data at a crossroads. Dominant models and current challenges. *Government Information Quarterly* 32(3): 308–315. <https://doi.org/10.1016/j.giq.2015.05.003>.
- Theocharis, Yannis. 2015. The conceptualization of digitally networked participation. *Social Media + Society* 1(2): 1–14. <https://doi.org/10.1177/2056305115610140>.
- Yu, Harlan, und David G. Robinson. 2012. The new ambiguity of ‚Open government‘. In *59 UCLA L. Rev. Disc.* 178 (2012). <https://doi.org/10.2139/ssrn.2012489>.